

Die Klimaziele werden einfach ignoriert

Tempolimit: „Effektiver als gedacht“, FR-Meinung vom 21. Januar, und „Tempo 100 fürs Klima“, FR-Wirtschaft vom 30. Januar

Das müsste uns die Erde wert sein

Als erstes müsste die FDP mit ihrem Verkehrsminister in den Senkel gestellt werden, um es mit Verlaub zu sagen! Denn: Die FDP ist für Freiheit und will Privilegien. So geschieht es seit Jahrzehnten mit „Freie Fahrt für freie Bürger“. Die FDP meint vorwiegend die Autofahrer. Ihr Widerstand gegen eine Tempo-beschränkung auf Autobahnen ist so ein klimaschädliches Anzeichen der FDP, einer Fünf-Prozent-Partei. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Diese paar Prozent verhindern die überall in der Welt gepflegte Geschwindigkeitsbegrenzung, die laut Forschung einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Klimaverbesserung liefern könnte.

Seit Jahrzehnten sind die falschen Politiker - jetzt die FDP - an den Hebeln der Verkehrspolitik. Und mit diesen wollen wir die Verkehrswende erzielen? Die Unverschämtheiten eines FDP-Politikers - fast eine Anzeige wert - gegen engagierte junge Menschen, die sich - auch radikal - für unsere Umwelt einsetzen, sind nicht zu toppen.

Nebenbei: Der Riederwaldtunnel in Frankfurt, trotz jahrzehntelanger Planung und Genehmigungen, müsste eigentlich im letzten Moment aufgegeben werden. Dieser Straßenbau, auch der derzeit erneut von der FDP geforderte Großstraßenbau, erzeugt nur mehr Verkehr. Außer-

dem ist er eine Provokation gegen den grünen Koalitionspartner. Millionen Tonnen CO₂ ließen sich einsparen, wenn höchstens 100 km/h auf Autobahnen erlaubt wären. Das müsste uns die Erde wert sein. Oskar Voigt, Frankfurt

Verantwortungsvolle Politik statt Lobbyinteressen

Sofortiger Austausch des Verkehrsministers mit hoher Priorität! Wie lange sollen wir noch zuschauen, wie das Verkehrsministerium wider besseres Wissen die Klimaziele mutwillig nicht einhält? Dringend notwendig ist ein Tempolimit, kein Bau neuer Autobahnen, die Streichung des Dienstwagenprivilegs, Beschränkung der Pendlerpauschale und keinerlei Förderung von 300-PS-Schleudern. Gegen den Klimawandel, weniger Tote im Straßenverkehr, mehr Lebensqualität und mehr Platz im Stadtraum - dafür brauchen wir verantwortungsvolle Politik statt Dinosaurier, die nur Lobbyinteressen bedienen. Klara Meurer, Frankfurt

Ein Leistungslimit für Kraftfahrzeuge

Entgegen anderslautenden Gerüchten der industriellen und politischen PS-Lobby zeigt die aktuelle Studie des Umweltbundesamts, dass ein Tempolimit auf Autobahnen mehr ist als nur ein klimapolitisches Symbol. Um jedoch die klimapolitischen Ziele Deutschlands

zur Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze auch nur halbwegs erreichen zu können, bedarf es auf jeden Fall eines Limits bei der zulässigen Motorleistung für Pkw und Lkw - unabhängig von der Antriebsart (E-Motor, Wasserstoff, E-Fuels). Der aktuelle fossile Energieverbrauch im Verkehrssektor von etwa 760 Millionen Kilowattstunden (Angabe des UBA für 2019) ist nicht durch regenerative Energieträger zu ersetzen.

Ein solches Leistungslimit reduziert den Ressourcenverbrauch nicht nur beim Betrieb, sondern wesentlich auch bei der Herstellung der Fahrzeuge (Graue Energie). Wir brauchen leichtere Fahrzeuge, die nicht auf weitgehend theoretische Höchstgeschwindigkeiten jenseits von 250 km/h hin konstruiert sind.

Im aktuellen Bestand kann ein solches Leistungslimit im Übrigen recht leicht durch die seit dem Dieseltbetrug in der Automobilindustrie so beliebten Softwareupdates implementiert werden.

Hans Möller, Frankfurt

Wissing wird gern VW genannt

Unser Verkehrsminister wird wegen seiner Initialen gerne VW gerufen. Schon das macht's ihm unmöglich für Tempo 130 zu kämpfen! Und obendrein nicht genügend Schilder ...

Fritz Brehm, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230131

Großes Unrecht

Kolumne: „Das Land meiner Nichte“, FR-Meinung vom 23. Januar

Löblich, dass Israel ein so diverser Staat ist. Und sicher ist das Bild, dass viele Menschen hier haben, grob geschnitzt, wie Frau Kahane es ausdrückt. Über 100 000 Israelis demonstrieren gegen die rechte Regierung und sorgen sich um die Demokratie. Leider sorgen sich die Menschen wenig bis überhaupt nicht um die Zustände, denen ihre Mitmenschen in den palästinensischen Gebieten ausgesetzt sind. Ständige militärische Gewalt, fast täglich werden Menschen erschossen, Kinder in Gefängnissen auf unbestimmte Zeit festgehalten, Schikanen und Hausdurchsuchungen sind an der Tagesordnung. Illegale Landnahme durch Siedlungsbau auf arabischem Territorium und aggressivster Siedlerterror - eine Zweistaaten-Lösung tritt in immer weitere Ferne.

Man kann nur hoffen, dass sich in der israelischen Gesellschaft ein Bewusstsein für dieses große Unrecht entwickelt, um dann auch zu Tausenden auf die Straße zu gehen.

Sonja Ebel-Eisa, Frankfurt

Bauen wird nicht billiger

Wohnungsbau: „Staat statt privat“, FR-Meinung vom 27. Januar

Mit der Zeitenwende gelingt es nicht, das aufgerufene Ziel - den Wohnungsbau auf 400 000 jährlich - auch nur annähernd in Schwung zu bringen. Staatlicher Wohnungsbau macht das Bauen nicht billiger. Die Kommunen haben in der Vergangenheit viel verkauft, um die leeren Haushaltskassen zu füllen. Ein bundesweiter Mietendeckel lässt weiter auf sich warten. Fachkräftemangel am Bau und die Materialkosten samt der Zinserhöhungen führen zum Stillstand, preisgünstige Sozialwohnungen sind allemal nicht zu finanzieren. Ob Staat oder privat ändert nichts daran, die bestehenden ökonomischen Hindernisse bleiben bestehen.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Industrie- arbeitsplätze in Frankfurt erhalten“ mit Stephanie Wüst (Dezernentin für Wirtschaft, Recht, Reformen der Stadt Frankfurt, FDP), Michael Ehrhardt (1. Bevollmächtigter IG Metall Frankfurt) und Christian Schipniewski (Betriebsratsvorsitzender Binding-Brauerei).
Dienstag, 7. Februar, 18 Uhr
DGB, Wilh.-Leuschner-Straße 69-77, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Schriftstellerin Sybille Ruge über ihren Roman „Davenport 160x90“.
Donnerstag, 9. Februar, 19.30 Uhr,
Buchhandlung Weltenleser,
Oeder Weg 40, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft - Die Rückkehr der Arche“, der auf der Leipziger Buchmesse vorgestellt wird.
Samstag, 29. April, 13.30 Uhr
Sonntag, 30. April, 13 Uhr
Leipziger Buchmesse

Unsere Demokratie ist wieder in Gefahr

Zu: „Der Niedergang von Demokratien vollzieht sich schleichend“, FR-Tagesthema vom 28. Januar

Der Verharmlosung werden Tür und Tor geöffnet

Das Interview mit Thomas Weber enthält neben bedenkenswerten Anregungen einige Aussagen, über die ich mich doch sehr gewundert habe, vor allem die Bezeichnung des Nationalsozialismus als „illiberale Demokratie“. Wenn der Nationalsozialismus eine Demokratie war, gibt es nur noch Demokratien. Der Verharmlosung sind Tür und Tor geöffnet. Dabei haben die meisten Institutionen selbst „auf dem Papier“ - wie Weber behauptet - nicht weiter bestanden: Verbot aller Parteien außer der NSDAP, Abschaffung des Föderalismus und der Selbstverwaltung der Kommunen. Nach Hindenburgs Tod wurde auch das Amt des Reichspräsidenten gestrichen und Hitler zum „Führer und Reichskanzler“ erhoben. Das „Führerprinzip“ beherrschte nun alle Institutionen in Staat und Gesellschaft, von der Demokratie blieb nichts übrig.

Zudem verlief der Übergang 1933 nicht nur „schleichend“ und „graduell“: Kommunisten und Sozialdemokraten wurden zum Teil mit brutaler Gewalt aus dem politischen Prozess entfernt. Ein solches System, auch wenn es sich partiell mit dem Bestehenlassen ausgehöhlter demokratischer Institutionen ge-

tarnt hat, darf den Ehrentitel „Demokratie“ nicht führen. Das sind wir auch Verfolgten und Widerständlern schuldig, die ihr Leben aufs Spiel setzten.

Jens Jacobsen, Flensburg

Keine Zusammenarbeit mit Demokratiefeinden

Wichtig am Interview ist mir der Bezug zur Gegenwart. „Der Übergang von einer (...) Demokratie zu einer illiberalen Demokratie ist ein gradueller Prozess. Das Ergebnis wird oft erst bemerkt, wenn es für das demokratische System zu spät ist.“ Türkei, Ungarn, Ansätze in Polen, USA, Brasilien, Deutschland u.a. zeigen, dass der Niedergang der Demokratie ein schleicher Prozess ist. Weltwirtschaftskrisen oder Vielparteienparlamente können ihn beschleunigen, müssen es aber nicht.

Den Fokus auf die konservativen Parteien (DNVP, BVP) zu legen, ist mir zu kurz gegriffen. Wie nach dem Zweiten Weltkrieg hat es auch nach dem Ersten Weltkrieg keine Stunde Null gegeben. Die kaiserlichen Eliten in Justiz, Verwaltung, Reichswehr u.a. blieben in ihren Ämtern. Beamte, Industrielle und Bauern unterstützten zunehmend die Demokratiefeinde. Sichtbar wurde dies bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933.

Neben der NSDAP stimmten nicht nur die konservativen Parteien dafür, sondern auch Liberale und Zentrum. Nur mit den Stimmen der Bürgerlichen war es möglich, die Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen. Die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde nur erreicht, weil alle KPD- und ein Dutzend SPD-Reichstagsabgeordnete entweder verhaftet oder geflohen waren. Dennoch haben nur die SPD-Parlamentarier gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, wohlwissend was auf sie zukommt. Ein Verhindern der Zwei-Drittel-Mehrheit hätte der Öffentlichkeit gezeigt, dass Hitler seine Diktatur nicht legal erreicht.

Die finanzielle, organisatorische und ideelle Unterstützung der AfD, der Reichsbürger und anderer Demokratiefeinde durch Geschäftsleute im In- und Ausland muss durchgehend beobachtet und veröffentlicht werden. Eine Zusammenarbeit mit Demokratiefeinden darf nicht mal in Erwägung gezogen werden. Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen liefern gefährliche Beispiele, wie eine große Volkspartei in Landtagen, Kreistagen, Stadt- und Gemeindeparlamenten mit Rechtsextremen zusammenarbeitet. Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, ist die deutsche Demokratie wieder in Gefahr. Jörg Kramer, Uelzen

SORRY

Otto von Bismarck ist nicht im Jahr 1900 gestorben, wie wir in unserem Artikel „Eingekreist und verspottet“ (25.1., S.27) geschrieben haben, sondern im Jahr 1898.

In unserer Infobox zum 30. Januar 1933 (28.1., S.3) schrieben wir: „Wahlen am 5. März brachten der NSDAP ... die gewünschte absolute Mehrheit.“ Richtig ist, dass die NSDAP bei dieser Wahl 43,9 Prozent und 288 von 647 Mandaten erzielte. Erst durch die Koalition mit der DNVP kam es zu einer Mehrheit im Reichstag.